Ausgabe für Berlin und Umgegend.
Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter: Jeden Montag „Zeitgeist", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", jeden Donnerstag u. Sonntag illustr. Halbwochenschrift „Der Welt-Spiegel", jeden Freitag das illustr. Witzblatt „ULK", jeden Sonnabend „Haus Hof Garten"; täglich „Zentralmarkt für den Grundstücks-, Hypotheken- u. Geldverkehr". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands u. der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzb. d. d. Exped. d. Bl. möglich. Bezugspreis: Durch die Post viertelj. 6 M. exkl. Zustellungsgebühr. Ausland exkl. Postaufschlag; für Groß-Berlin monatl. 2.10 M., viertelj. 6.30 M. frei ins Haus. Direkt unter Kreuzband monatl.: fürs Ausland 8 M., fürs Inland 5.20 M. In Berlin abonniert man bei der Hauptexped. SW 19, Jerusalemer Str. 46-49, Fernspr. Amt Zentrum, Nr. 10131-10142, sowie den nebenstehend aufgeführten Filialen.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile 90 Pf. („General-Anzeiger" 60 Pf., „Wohnungs-Anzeiger" 50 Pf.). Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW19, Jerusalemer Str. 46-49 und deren Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 33; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 48; Schönhauser Allee 144; Prinzenstr. 41; Rathenower Str. 3; Schiffbauerdamm 4; Gr. Frankfurter Str. 81; Frankfurter Allee 61/62; Blücherstr. 69; Wiener Str. 1-6; Prenzlauer Allee 54; Schulzendorfer Str. 27; Badstr. 55; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 34; Scharrenstr. 39; Friedenau: Rheinstr.; 19 Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Chaussee 130; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 90; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstraße 98/99; in der Provinz: Brandenburg a. H.: Steinstraße 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstraße 5; Potsdam: Brandenburger Straße 23; Spandau: Breite Straße 47.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 591
42. Jahrgang

Freitag
21. November 1913

Hierzu die Wochen-Beilage „ULK" No. 47.

Im neuen Marokko.

VI. Die Deutschen in Marrakesch. — Die europäische Invasion. — Bodenversteigerungen.

Von [Nachdruck verboten.]

Professor Dr. G. Kampffmeyer.

Dozent am Seminar für orientalische Sprachen.

Marrakesch, im Oktober.

Die Wichtigkeit der deutschen wirtschaftlichen Betätigung in Marrakesch ist nicht nach der Zahl der hier lebenden Deutschen zu bemessen. Es leben jetzt in Marrakesch, neben dem etwa 3000 Mann zählenden Militär, gegen 400 Europäer, davon sind Deutsche nur etwa 40. Bei dieser Verhältniszahl kommt aber in Betracht, daß unter diesen Deutschen alteingesessene Kaufleute sind, die weit verzweigte und tief wurzelnde Interessen im Lande haben. Genaue Kenntnis von Land und Leuten, den Kreditverhältnissen usw. sichern dem deutschen Element auch heute noch gegenüber dem Ansturm der Franzosen einen Vorsprung. Neu hinzugekommene deutsche Unternehmungen zeichnen sich durch rührige Tatkraft aus. So wird in wenigen Tagen von deutscher Seite eine Mühle eröffnet werden; eine erste deutsche Mühlenfirma (Seck u. Co. in Dresden) hat diese sowie auch verschiedene andere Mühlen, die an der Küste in Betrieb und leihweise in deutschen Händen sind, geliefert. In der Stadt Marrakesch und der näheren Umgegend sind etwa 350 000 bis 400 000 Mark in deutschem Grundbesitz angelegt; weiter draußen etwa 250 000 Mark. Dieser Besitz stellt heute einen sehr viel höheren Wert dar als früher, wo der Grund und Boden hier in diesen Gegenden allein nach dem Verhältnis des Fruchtertrages bezahlt wurde.

Bei diesen starken deutschen Interessen in Südmarokko (hinzukommen noch starke Interessen in Sus und vor allem auch bergmännische Interessen in verschiedenen Distrikten) ist es zu begrüßen, daß demnächst ein deutsches Berufskonsulat in Marrakesch eingerichtet werden wird. Nur ist dringend zu wünschen, daß es besetzt werde mit einem Konsul, der Land und Leute genau kennt und in den wirtschaftlichen Fragen, die hier zu beurteilen und in hartem Kampf gegenüber dem mächtigen Gegner, den Frankreich naturgemäß darstellt, durchzufechten sind, gründlich Bescheid weiß.

Der Hauptaufschwung von Marrakesch steht, im Zusammenhang mit der soeben vor den Toren der alten Stadt begründeten neuen Europäerstadt, unmittelbar bevor. Bisher war aus verschiedenen naheliegenden Gründen der Zuzug nach den Städten des Innern viel weniger lebhaft als der nach der Küste, vor allem nach Casablanca und Rabat. Die Zunahme der Europäer in diesen letzteren Städten ist ja fast fabelhaft. Im August 1912 zählte man in Rabat 1300 Europäer, im März 1913 waren es 1900, die kürzlich (August 1913) vorgenommene Zählung aber ergab die Zahl 3600, so daß also die europäische Bevölkerung in fünf Monaten sich fast verdoppelt hat! Casablanca hat jetzt gegenüber 30 000 Arabern und 10 000 Juden eine europäische Bevölkerung von 20 000 Seelen. Vor zehn Jahren noch lebten in Casablanca rund ganze 150 Europäer, in Rabat weit unter 100. Der Zustrom wird aber auch nach dem Innern in kürzester Zeit sehr erheblich sein. Ueberaus stark ist er jetzt nach dem tatsächlich hochwichtigen nördlichen Mittelpunkt Fez. In Miknes, das vor wenigen Jahren überhaupt noch keine Europäer in seinen Mauern hatte, zählte man 1912 deren 40, im Mai 1913 aber schon 340 und jetzt ist die Entwickelung dort sehr lebhaft.

Die eingeborene Bevölkerung von Marrakesch hat man mit der Zahl von 100 000 Seelen allerdings wohl überschätzt. Immerhin bleibt es ein bedeutender Mittelpunkt in reicher, entwickelungsfähiger Umgegend und wird zweifellos ein wichtiger Stützpunkt europäischen Unternehmungsgeistes in Marokko sein. Fez wird ja das lebendig pulsierende Herz von Marokko sein, von wo die großen Arterien ausgehen nach Algerien, nach der atlantischen Küste, nach Tanger. Etwas abseits wird Marrakesch liegen, eine etwas stillere, ihr eigenes Leben lebende Welt.

Die neue Europäerstadt wird sich im Nordwesten des alten Marrakesch, zwischen dem Dukkalator und dem Berge Guilliz, erheben. Der letztere, von einem französischen Fort gekrönt, ist ein wichtiger militärischer Stützpunkt, so daß die neue Stadt vollkommen gesichert ist. Hier wie in Kenitra im Gharb ist marokkanisches Regierungsland aufgeteilt worden. 280 Parzellen sind am vergangenen 30. Juni öffentlich versteigert worden. Alle Parzellen sind verkauft, und da alle Käufer die Verpflichtung übernehmen mußten, innerhalb achtzehn Monaten zu bauen, so wird es in kürzester Zeit ein Neu-Marrakesch geben.

Neu-Marrakesch sowie Kenitra und auch Suk-el-Arba'a im Gharb sind typische Beispiele für die Art, wie hier die neuen Siedelungen ins Leben gerufen werden. Bei der Bedeutung, die vor allem Kenitra erlangen wird, möchte ich hier über diese Siedelung, über die ich Gelegenheit hatte, mich genauer zu unterrichten, einige nähere Angaben machen. Kenitra („die kleine Brücke") liegt etwa zehn Kilometer von Mehedija am Sebufluß, der hier noch eine große Biegung macht, um bei Mehedija das Meer zu erreichen. Kenitra ist Station der Bahn Rabat—Mehedija—Miknes—Fez, die als Militärbahn, wie wir früher sagten, bald bis Miknes (und weiter in Kürze bis Fez) fertig sein wird. Bisher war Kenitra nichts als eine Kasba, ein marokkanisches Kastell. Der Ort ist aber aus dem Grunde als Lage für die künftige Stadt gewählt, weil hier die günstigste Landungsstelle der Mündung des Sebu ist. Der Doppelhafen Mehedija-Kenitra wird einmal — in Kürze — das Ein- und Ausgangstor des reichen Gharb sein.

Hier ist nun auch wieder ein großes Stück marokkanisches Regierungsland, daneben freilich auch anderes Land, das Terraingesellschaften besaßen, aufgeteilt worden. Der mir vorliegende Bebauungsplan sieht am Flusse allerlei Anlagen des öffentlichen Dienstes, in erster Linie für Schiffahrt und Eisenbahn, vor. Die Stadt durchzieht eine Reihe von Straßen, darunter solche von 20, 25 und 30 Metern Breite. Die Parzellen des Regierungslandes sind meist gegen 800 Quadratmeter groß, einige sind kleiner, einige größer (bis 1350 Quadratmeter). Die von den Terraingesellschaften angebotenen Parzellen sind meist 1000 bis 1500 Quadratmeter groß.

Die Versteigerung des Regierungslandes wurde durch scherifischen Erlaß vom 20. Juni dieses Jahres auf den 21. Juli nach Rabat ausgeschrieben. Ein Lastenheft (Cahier des charges) faßt alle Verkaufsbedingungen zusammen. Kein Käufer darf, auch nicht durch eine Zwischenperson, mehr als drei Parzellen erwerben; die Gesamtfläche dieser Parzellen darf 3000 Quadratmeter nicht übersteigen. Innerhalb fünfzehn Monaten müssen auf den Parzellen Gebäude in dauerhaften Materialien (aus Stein, Ziegeln, Beton oder Kalk-Pisé) aufgeführt werden. Für diese Gebäude ist ein Mindestaufwand vorgeschrieben; an Straßen, die zwanzig oder mehr Meter breit sind, sind mindestens 6 Peseten, an schmaleren Straßen mindestens 5 Peseten Baukosten für den Quadratmeter der gekauften Fläche aufzuwenden, also auf einer Parzelle von 800 Quadratmetern ist für mindestens 800 × 6 oder 800 × 5 Peseten zu bauen. Interessant ist unter anderem die Bestimmung, daß Bäume, die auf einer Parzelle stehen, nicht entfernt werden dürfen, ohne daß dafür drei neue Bäume gepflanzt werden. Bis zur Erfüllung aller Bedingungen darf der Käufer die Parzelle nicht weiter verkaufen.

Für die Versteigerung jeder Parzelle war eine Dauer von fünf Minuten oder die Zeit des Abbrennens dreier Wachskerzen vorgesehen.

An jenem Termin sind nun 300 000 Quadratmeter für 700 000 Peseten Land verkauft worden. Gute Parzellen wurden mit 6 bis 10 Peseten das Quadratmeter bezahlt. Nach Ueberbauung wird die Siedelung einen Wert von etwa zwei Millionen Peseten (Hassani) darstellen.

Es ist hocherfreulich, daß unsere rührige Oldenburg-Portugiesische Dampfschiffahrtsreederei mit an erster Stelle zur Hand gewesen ist, Deutschland seinen Platz auch hier zu sichern. Eine Agentur der Reederei wird hier bald erbaut sein. Ein erster Dampfer der Gesellschaft, der Materialien dafür brachte, ist schon in Mehedija eingelaufen. Möge dies der Ausgangspunkt sein zur Begründung weiterer deutscher Interessen in diesem zukunftreichsten Teile Marokkos!

Das Frauenwahlrecht im bayerischen Landtag.

Der Bundesrat als Hemmschuh. — Die Erhöhung der Zivilliste.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

□ **München**, 20. November.

Im bayerischen Landtag wurde heute ein Antrag der Liberalen, den Frauen endlich das aktive Stimmrecht zu den wirtschaftlichen Wahlen, also zu den Kaufmanns- und Gewerbegerichten, und zu den Handels- und Gewerbekammern, zu gewähren, durchberaten und angenommen. Sogar, merkwürdigerweise, mit Unterstützung des Zentrums. Trotz dieser Annahme, die allerdings bemerkenswerten demonstrativen Wert hat, bleibt das wirtschaftliche Stimmrecht der Frauen vorläufig noch illusorisch, denn der Regierungsvertreter bemerkte, daß der Bundesrat stets solchen Neuerungen gegenüber sich ablehnend verhalten habe, und er könne weiter nichts versprechen, als daß sich die Regierung im Sinne des Antrages und seiner Durchprüfung weiter informieren wolle.

Zu dem Antrag Müller-Meiningen im Finanzausschuß, nach dem, wie wir berichteten, die Zivilliste um mehrere hunderttausend Mark gekürzt werden sollte, wird, wie ich erfahre, eine große Anzahl Mitglieder der liberalen Fraktion morgen bei Beratung der Zivilliste einen Amendementsantrag einbringen. 24 Liberale beider Flügel, also mehr als zwei Drittel, werden in diesem Antrag verlangen, daß die Regierungsvorlage von 5 600 000 Mark auf 4 800 000 Mark, also um 600 000 Mark herabgesetzt werde. Man dürfte morgen bei der Beratung der Zivilliste, die möglichst noch am selben Tage in einer Doppelsitzung erledigt werden soll, vor Ueberraschungen keineswegs sicher sein.

Die Untersuchung des österreichischen Auswanderungsskandals.

Angriffe gegen die deutschen Schiffahrtsgesellschaften und Auswandererkontrollstationen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

⊙ **Wien**, 20. November.

Das parlamentarische Subkomitee zur Untersuchung des Auswanderungsskandals setzte heute nachmittag seine Beratungen fort. Der Abgeordnete Kadlcak bemerkte, die Debatte erwecke den Eindruck, als ob es sich den Verteidigern und Angreifern der Canadian weniger um das Wohl der Auswanderer, als vielmehr um das gewisser Gesellschaften handele, die zur unverkürzten und unbehinderten Ausbeutung jener Armen, die im Auslande ihr Fortkommen suchen wollen, ein Monopol wünschten. Um die Auswanderung hintanzuhalten, genüge nicht eine Resolution des Subkomitees und auch kein Auswanderungsgesetz, möge es noch so scharf gefaßt sein. Herr Grünhut, der Entdecker der ganzen Angelegenheit, habe nur die Mängel bei einer Gesellschaft wahrgenommen. Durch die Leitung des Auswanderungsstromes über Bremen und Hamburg würden aber nur den reichsdeutschen Eisenbahnen bedeutende Einnahmequellen verschafft, und den deutschen Hafenstädten würde dadurch zu großem Wohlstand verholfen. Tatsache sei, daß das Handelsministerium in letzter Zeit sich zu einer Tat aufgerafft habe und für Oesterreich etwas Nützliches habe schaffen wollen. Der Abgeordnete Kolischer stellte fest, daß die österreichische Schiffahrtspolitik sich bis zum Jahre 1913 nie mit Fragen der Auswanderung beschäftigt habe. Die Idee, sich mit der sozialen Seite der Auswanderungsfrage zu befassen, stamme erst aus der letzten Zeit. Hierbei handelt es sich einerseits darum, das Vorgehen der Kontrollstationen gegenüber den österreichischen Auswanderern abzustellen, und andererseits darum, die Uebervorteilung beim Fahrpreis hintanzuhalten. Tatsache sei, daß die Praxis des Pools, der die Kontrollstationen in der Hand hat, dahingeht, daß nur derjenige Auswanderer zugelassen werde, der eine Schiffskarte des „Pools" habe; jeder andere werde in der Kontrollstation unter dem Vorwande einer Krankheit oder einem anderen Vorwand zurückgeschickt. „Es ist weiter in den letzten Jahren in tausenden Fällen festzustellen," fuhr Kolischer fort, „daß die Auswanderer mit englischen Schiffahrtsgesellschaften, die dem Pool nicht angehören, die aber infolge der Konjunktur eine billigere Rate erstellten, nicht fahren konnten, weil das Streben nach Benutzung dieser Schiffe gleichbedeutend mit dem Verzicht auf die Fahrt gewesen wäre. Es liegt also im nationalen und wirtschaftlichen Interesse Oesterreichs, daß eine Konkurrenzierung des Pools Platz greife. Das hat die Regierung durch ihren Vertrag mit der Canadian versucht. Der Pool wird von der deutschen Regierung deshalb so sehr unterstützt, weil die deutschen Riesenschiffe, die aus dem Auswandererverkehr große Einnahmen ziehen, dadurch in die Lage gesetzt werden, die deutschen Industrieerzeugnisse sozusagen als Ballast billig verfrachten zu können, und weil diese Riesenschiffe, die den Dreadnoughts an Geschwindigkeit gleichkommen, imstande sind, im Kriegsfalle die Dreadnoughts mit allen notwendigen Materialien zu versorgen. Welche Konsequenzen die Aktion hätte haben können, zeigt der Umstand, daß Direktor Ballin bereit war, mit dem österreichischen Handelsministerium in Verhandlungen zu treten, was jedoch infolge der bekannten Ereignisse unterblieb. Freilich hat das österreichische Handelsministerium die Sünde begangen, daß es einen Vertrag mit einer Gesellschaft einging, die zwei Geschäfte in sich vereinigt: das Land- und das Verkehrsgeschäft, und mit deren Schiffen die Auswanderer in ein Land geführt wurden, wo man sie kaum wiedersieht." Aber Redner erklärt, er wäre in Verlegenheit, wenn man ihn fragen würde, mit Hilfe welcher anderen Gesellschaft die Absichten der Regierung hätten durchgeführt werden können. Denn die in Betracht kommenden Gesellschaften sind mit dem Pool mehr oder minder liiert. Auch der Canadian wäre es nie eingefallen, an die Regierung heranzutreten, wenn sie sich nicht mit dem Pool überworfen hätte. Es gibt keine Gesellschaft von der Macht der Canadian, die als Konkurrent des Pools in Betracht käme. Denn sie verfügt nicht bloß über 400 Millionen Aktienkapital, sondern auch über eine Milliarde sonstigen Vermögens. Wenn die Polen und Ruthenen nicht zur Auswanderung gezwungen wären, wäre Oesterreich heute schon bankerott, denn trotz der mindestens 250 Millionen Kronen, die jährlich aus Amerika nach Oesterreich fließen, beträgt unser Defizit in der Zahlungsbilanz jährlich mindestens 300 Millionen Kronen, so daß bei der Verschuldung Oesterreichs, die sich hauptsächlich durch das kurzfristige Kost- und Wechselgeschäft derzeit ergibt, nur durch Aufnahme neuer Kredite der Status cridae vermieden werden kann. Galizien und die Bukowina würden verhungern, wenn durch eine Bill Nordamerikas die Auswanderung unmöglich gemacht werden würde. Budzynowski (Ruthene) bemerkt, die Ruthenen seien vor allem aus nationalen Gründen gegen die Auswanderung, besonders aber gegen eine Auswanderung, die mit einer Ansiedelung der Ausgewanderten endet. Andererseits seien aber die Ruthenen nicht solche Fanatiker, daß sie Leute, die in ihrer Heimat keine Erwerbsmöglichkeiten hätten und daher gezwungen seien, sich solche zu schaffen, mit Zwangsmaßregeln zurückhalten würden. In diesem Sinne sei er für die Auswanderung. Niklas (Christlichsozialer) erklärt, als Mittel zur Verhinderung der Auswanderung kämen vor allem Bodenreform und innere Kolonisation in Betracht. „Die Schiffahrt," fuhr der Redner fort, „war bei der Canadian nur Mittel zum Zweck, und das war dieser Gesellschaft